

Januar 2016, Ausgabe 1

Dieser Newsletter des KAS-Länderprojekts informiert in regelmäßigen Abständen in deutscher Sprache über aktuelle Geschehnisse im Bereich Politik, Wirtschaft und Kultur in Chile.

1. Chile auf dem Klimagipfel in Paris (COP21)



URL: <http://www.chilesustentable.net/sara-larain-y-cop21-la-comunidad-internacional-fracaso-en-revertir-totalmente-el-cambio-climatico/>, abgerufen: 15.01.2016

„Was einst undenkbar war, ist jetzt nicht mehr aufzuhalten“. ¹ Mit diesen vielversprechenden Worten eröffnete Ban Ki-Moon, Generalsekretär der UNO, am 12.12.2015 die 21. Internationale Klimakonferenz der Vereinten Nationen in Le Bourget, Paris. Das Bestreben dieser Zusammenkunft bestand darin, ein neues, rechtlich bindendes und universelles Klimaabkommen zu vereinbaren, welches die Reduktion der Erderwärmung unter zwei Grad Celsius beinhalten soll.

Die Konferenz der 196 Staaten soll als Grundlage und Wendepunkt für eine klimafreundliche Zukunft mit geringeren Emissionen für die Zeitspanne von 2016-2021 dienen.

Gleich zu Beginn der Tagung ratifizierte die chilenische Regierung das Ziel „30/30“. Dieser Vorsatz beinhaltet die dreißigprozentige Minderung der Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2030, im Vergleich zum Basisjahr 1990.

Chile konnte in der Vergangenheit zum Teil mehrere nachhaltige Erneuerbare-Energien-Projekte realisieren, finanziert von der deutschen Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), sowie unterstützt von der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit GmbH (GIZ), beispielsweise zur Förderung des Eigenkonsums anhand selbst erzeugten Stroms von kleinen Fotovoltaik-Anlagen. Auch diesen Projekten ist es zu verdanken, dass Chile in den letzten Jahren bereits Fortschritte bei der Emissionsreduzierung und der Entwicklung von Erneuerbaren Energien aufwies. Der Pro-Kopf Stromverbrauch des Landes ist inzwischen im südamerikanischen Vergleich am geringsten.

Der chilenische Umweltminister Pablo Badenier betonte, dass alle vereinbarten Kompromisse der Konferenz in die Politik der Regierung integriert werden würden, auch wenn diese supranationalen Übereinkünfte noch unverbindlich seien.

Nachhaltige Maßnahmen zur Emissionsreduktion sollen demnach in verschiedenen Sektoren der

¹ La Tercera; 12.01.2016: Opinión de Ricardo Lagos Weber, S. 7

Volkswirtschaft, wie im Bergbau und in der Landwirtschaft, implementiert werden, sowie in den wichtigsten Verbrauchssektoren der fossilen Energie, wie dem Transport, der Industrie und der Energieerzeugung.

Einer der wichtigsten chilenischen Wirtschaftssektoren ist der Bergbau. In den vergangenen zehn Jahren belief sich der Anteil am Bruttoinlandprodukt (BIP) des Landes auf durchschnittlich 14,8 Prozent und machte über 50 Prozent der Exporte des Landes aus. Somit ist es wichtig, die wirtschaftliche, soziale und ökologisch nachhaltige Gestaltung und Nutzung des Bergbaus zu fördern.

Eine wichtige Reform in diesem Zusammenhang ist die ab 2017 geplante Einführung einer Öko-Steuer im Bereich Mobilität in Chile, da Fahrzeuge durch ihren großen Ausstoß und Verbrauch an Benzin und Dieselmotorkraftstoff ein großes Potential für die Emissionsreduktion darstellen. Besitzer leichter und mittelschwerer Fahrzeuge werden demnach zukünftig dazu verpflichtet eine Steuer zu zahlen, welche von ihrem Standort, der Fahrzeugleistung, des Stickoxidausstosses und vom Verkaufspreis des Fahrzeugs abhängt. Der Mindestwert der Steuer sollte etwa jährlich bei 30.000 Pesos (rund 40 Euro) liegen.

Außerdem wird aktuell eine Emissionsreduzierungskampagne durch den Hörfunk ausgestrahlt, welche das Fahrverbot verschiedener Autokennzeichen im Straßenverkehr an bestimmten Tagen deklariert. Auch sind jeden Sonntag bis 14 Uhr mehrere Straßen in der Hauptstadt Santiago de

Chile gesperrt, damit sich die Bewohner hauptsächlich zu Fuß oder mit dem Fahrrad fortbewegen können.

Umweltminister Badenier erklärte in Hinblick auf die Konferenz in Paris (<http://www.cop21paris.org/>), dass die gefassten Beschlüsse des Klimagipfels von jeder Nation ratifiziert werden müssen, damit diese Vereinbarungen bis zum 22. April 2016 in völkerrechtliche Verträge integriert und unterzeichnet werden können.

Trotz der kostspieligen Investitionen und der komplexen Pläne zur Energieverbesserung, zögert Chile nicht, sich sukzessiv für einen intakten Planeten zu engagieren.

So arbeitet das chilenische Umweltministerium derzeit an einem neuen Aktionsplan zum Klimawandel, welcher im März 2016 zur öffentlichen Konsultation vorgelegt werden soll.

2. Paradigmenwechsel in Chiles Bildungspolitik



URL: <http://radio.uchile.cl/2014/05/18/estudiantes-anuncian-marcha-en-valparaiso-para-el-21-de-mayo/>, abgerufen: 15.01.2016.

Kurz vor Weihnachten hat der chilenische Kongress eine kontrovers diskutierte Bildungsreform

verabschiedet, die eine der zentralen Forderungen der Studentenproteste der Jahre 2011 und 2012 aufgreift: der Zugang zu einer kostenfreien Universitätsausbildung. Angestrebt wird, dass bereits in diesem Jahr mehr als ein Viertel der Studierenden von der Zahlung von Studiengebühren befreit wird, wobei vor allem das Einkommen der Eltern als Entscheidungskriterium für die Befreiung herangezogen wird. Die Zahl der Studierenden, die nicht für ihren Universitätsbesuch bezahlen müssen, soll in den kommenden Jahren schrittweise angehoben werden, sodass spätestens im Jahr 2020 allen chilenischen Studierenden ein kostenfreies Universitätsstudium ermöglicht werden kann.

Mit diesem Gesetzesvorhaben versucht die chilenische Präsidentin Michelle Bachelet, eines ihrer zentralen Wahlversprechen im Kampf gegen die große soziale Ungleichheit im Land umzusetzen. Nach der Verabschiedung des Reformpakets sprach Bachelet von einem wichtigen Schritt, der bis vor kurzem in Chile noch undenkbar erschienen sei. Kostenfrei Bildung, so die chilenische Präsidentin, sei dabei kein Geschenk, sondern ein Recht der Bürger.

Ihr Gesetzesvorhaben stand dabei allerdings lange auf der Kippe, da das chilenische Verfassungsgericht einen ersten Entwurf Anfang Dezember aufgrund einer möglichen Diskriminierung privater Universitäten zunächst für verfassungswidrig erklärt hatte. So wurde im Eilverfahren in der letzten Parlamentssitzung vor Weihnachten noch eine Übergangslösung für das Jahr 2016 verabschiedet, die den kostenfreien Zugang

zu den Universitäten garantieren soll, ohne dabei die privaten Bildungseinrichtungen zu benachteiligen.

Die Bildungsreform Bachelets stellt eine grundsätzliche Abkehr der bisherigen chilenischen Bildungspolitik dar und hat auch zu Diskussionen im Land geführt, ob die Qualität des Bildungswesens durch diese Umstellung leiden könnte. Während der Militärdiktatur Pinochets (1973-1990) wurde der Bildungssektor in Chile stark dereguliert und privatisiert, was auch zur Folge hatte, dass die Studiengebühren sowohl der privaten als auch der staatlichen Universitäten zu den höchsten der Welt zählen (im Verhältnis zur Kaufkraft der Bevölkerung). Aufgrund der hohen finanziellen Anforderung hatten sich in Chile daher viele Familien stark verschulden müssen, um ihren Kindern ein Universitätsstudium zu ermöglichen. Bisher hatte der chilenische Staat versucht, den Zugang zu den Universitäten vor allem durch Stipendien und staatliche Kredite zu erleichtern. Der Übergang zu einer kostenfreien Universitätsausbildung, so betonte die chilenische Regierung, bedeute aber vorerst nicht, dass diese Hilfen wegfielen.

Experten bemängeln allerdings an der Reform, dass es weiterhin an einer großen Zahl privater Universitäten sowie an den restlichen tertiären Bildungseinrichtungen im Land keine Befreiung von Studiengebühren gebe. Auch das zentrale Zulassungssystem an den Universitäten steht immer mehr in der Kritik, da viele Schüler aus bedürftigen Familien, die sich keine private Schulbildung leisten können, schon an dieser Hürde

scheitern und somit nicht von einem kostenlosen Universitätsstudium profitieren können.

In einer schwierigen Situation befinden sich derzeit auch viele chilenische Jugendliche, die sich in den kommenden Tagen immatrikulieren müssen, bei denen aber aufgrund von fehlenden Unterlagen bis auf weiteres noch nicht entschieden werden kann, ob sie von den Studiengebühren befreit werden oder nicht. Camila Rojas, die Sprecherin der nationalen Studierendenorganisation Chiles, warf daher der Regierung vor, dass auch weiterhin mit den Träumen der Studierenden und deren Familien gespielt werde.

3. Produktivitätsoffensive der chilenischen Regierung



URL: <http://radio.uchile.cl/2014/05/18/estudiantes-anuncian-marcha-en-valparaiso-para-el-21-de-mayo/>, abgerufen: 15.01.2016.

Das Jahr 2016 soll nach dem Willen der chilenischen Regierung zu einem „Jahr der Produktivität“ für das südamerikanische Land werden. Präsidentin Bachelet kündigte eine Reihe weitreichender Maßnahmen an, durch welche die Produktivität des Landes in Zusammenarbeit mit

dem privaten Sektor entscheidend erhöht werden soll.

Denn laut Joseph Ramos, Ökonomieprofessor an der Universidad de Chile und Vorsitzender einer neu eingerichteten präsidentiellen Beratungskommission zum Thema Produktivität, ist in Chile die totale Faktorproduktivität (TFP) in den letzten 25 Jahren durchschnittlich um nur 0,2 % jährlich gewachsen (die totale Faktorproduktivität ist ein in der Volkswirtschaftslehre häufig verwendetes Maß, um die Produktivitätsentwicklung eines Landes zu messen). Um den Abstand zu den Industrieländern zu verringern, deren Produktivität ungefähr doppelt so hoch wie die chilenische sei, solle Chile ein Wachstum der TFP von mindestens 1,5 % anstreben, erklärte der chilenische Ökonom. Die gute Nachricht für Chile aber sei, so Ramos, dass aufgrund des großen Abstands die Möglichkeit bestehe, von den hochentwickelten Ländern zu lernen und deren „best practices“ zu kopieren, ohne dabei das Rad neu erfinden zu müssen.

Bereits im vergangenen Jahr hat die Regierung eine umfangreiche Produktivitäts-, Innovations- und Wachstumsagenda verabschiedet, um die wirtschaftliche Entwicklung in Chile weiter zu stärken und unabhängiger gegenüber konjunkturellen Schwankungen der Weltwirtschaft zu sein. Neben verschiedenen Maßnahmen in den Bereichen Bildung, Infrastruktur und Unternehmensgründungen strebt die chilenische Regierung an, das Land noch attraktiver für ausländische Direktinvestitionen zu machen. Ricardo Hausmann,

Professor für Entwicklungsökonomik an der Harvard University, empfahl der chilenischen Regierung darüber hinaus, ihre Einwanderungspolitik stärker zu liberalisieren, um den Anteil an ausländischem Humankapital im Land noch weiter zu erhöhen. Noch leichter, als den Menschen Know-how zu vermitteln, sei es ihm zufolge, die Menschen ins Land zu holen, die dieses Know-how bereits besäßen. Außerdem kritisierte Hausmann, dass Chile zu wenig in Forschung und Entwicklung investiere. Nach Angaben der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) lag der Anteil dieser Investitionen am Bruttoinlandsprodukt in Chile im Jahr 2014 bei nur 0,4%, was den niedrigsten Wert aller OECD-Länder bedeutete. Dass die erst kürzlich vom chilenischen Kongress verabschiedete Bildungsreform (siehe Meldung Nr.2 des Newsletters) die Produktivität des Landes steigern könne, bezweifelte Hausmann. Seiner Meinung nach stehe bei dieser Reform vor allem Verteilungsaspekte im Vordergrund und nicht unbedingt eine Erhöhung der Qualität bzw. Quantität.

Chiles Anstrengungen, seine Produktivität zu erhöhen, zielen auch darauf ab, die große Abhängigkeit des Landes von Rohstoffexporten wie Kupfer zu verringern und die eigene Wirtschaft stärker zu diversifizieren. Auch heute noch liegt der Anteil der Kupferexporte an den chilenischen Gesamtausfuhren bei knapp 50 Prozentpunkten, so dass der zuletzt starke Fall dieses Rohstoffpreises große negative Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt und die wirtschaftliche Entwicklung des Landes hat: Neben dem Abbau von Arbeitsplätzen

in der Kupferindustrie und einer Abwertung des chilenischen Pesos, bedeutet dies für die Regierung besonders den Wegfall wichtiger Steuereinnahmen, was die Finanzierung der großen Reformvorhaben der Regierung, wie beispielsweise die Einführung einer kostenlosen Universitätsausbildung, weiter erschweren könnte.

4. Supermarktkartell in Chile aufgedeckt



URL: http://www.elperiscopio.cl/wp-content/uploads/2016/01/Aton_91856.jpg abgerufen: 22.01.2016.

Die chilenische Wettbewerbsbehörde FNE (Fiscalía Nacional Económica) hat illegale Preisabsprachen zwischen den drei größten Einzelhandelskonzernen des Landes, Walmart, SMU und Cencosud, aufgedeckt, die mindestens zwischen 2008 und 2011 den Preis von Hühnerfleisch manipuliert haben sollen. Das Kartell wurde bei Ermittlungen gegen die zwei größten Hühnerfleischkonzerne Chiles entdeckt, denen vorgeworfen wird, bereits ihrerseits die Hühnerfleischpreise künstlich hoch gehalten zu haben.

Präsidentin Bachelet verurteilte die Kollusion (verdeckte Marktabsprachen) der Supermärkte, die sowohl das Vertrauen der Chilenen untereinander, als auch den Geldbeutel der chilenischen Familien belasten. Gleichzeitig warb sie für ein Gesetzesvorhaben der Regierung, welches das Wettbewerbsrecht stärken, die Strafen bei Preisabsprachen verschärfen und die Finanzierung der FNE stärken sollte.

Chiles Einzelhandelsstruktur ist durch eine außergewöhnlich hohe Marktkonzentration geprägt, die schon an sich überhöhte Preise wahrscheinlicher macht und tendenziell Preisabsprachen begünstigt. So kontrollieren Walmart, SMU und Cencosud über 90% des chilenischen Marktes für Lebensmittel. Alle drei Unternehmen bestreiten allerdings illegale Preisabsprachen, so dass die FNE von einem mehrjährigen Kartellverfahren ausgeht. Darüber hinaus rechnet die Wettbewerbsbehörde damit, dass auch bei weiteren Produkten die Preise manipuliert und somit Millionen von chilenischen Konsumenten über Jahre hinweg durch zu hohe Supermarktpreise geschädigt werden seien.

Das Bekanntwerden der Kollusionsvorwürfe stieß in den sozialen Medien auf ein großes Echo, zumal in den letzten Monaten schon mehrere andere Kartelle im Land aufgedeckt worden waren, so z.B. bei Apotheken oder Papierherstellern (siehe Fokus Ausgabe 14, 2015). Unter dem Hashtag „ColusionCiudadana“ (auf Deutsch etwa „Bürgerkollusion“) wurde deswegen zu einem Boykott der Supermärkte der großen Einzelhandelskonzerne

am 10. Januar aufgerufen, an dem sich schließlich mehrere tausend Chilenen beteiligten.

QUELLEN:

- TRASLAVIÑA, HUGO: CONCLUSIONES DE COP 21: LOS COSTOS DEL COMPROMISO DE CHILE EN LA CUMBRE CLIMÁTICA DE PARÍS. IN: LA SEGUNDA. 09.01.2016. SEITE 12 (URL: [HTTP://IMPRESA.LASEGUNDA.COM/2016/01/09/A/FULL-PAGE#SLIDER-12](http://IMPRESA.LASEGUNDA.COM/2016/01/09/A/FULL-PAGE#SLIDER-12), LETZTER ZUGRIFF: 14.01.2016)
- CIFUENTES, MACARENA: LOS COMPROMISOS AMBIENTALES DE CHILE ADQUIRIDOS EN LA COP21. IN: VEO VERDE. 14.12.2015 (URL: [HTTPS://WWW.VEO-VERDE.COM/2015/12/LOS-COMPROMISOS-AMBIENTALES-DE-CHILE-ADQUIRIDOS-EN-LA-COP21/](https://www.veo-verde.com/2015/12/LOS-COMPROMISOS-AMBIENTALES-DE-CHILE-ADQUIRIDOS-EN-LA-COP21/), LETZTER ZUGRIFF: 14.01.2016)
- JAVIERA HERRERA: AL MENOS EL 30% DE JÓVENES QUE OPTARON A LA GRATUIDAD NO SABEN SI LA TENDRÁN. IN: EL MERCURIO, 11.01.2016, S. C7.
- ROCÍO MONTES: EL CONGRESO CHILENO APRUEBA LA GRATUIDAD EN LAS UNIVERSIDADES. IN: EL PAÍS. 27.12.2015. (URL: [HTTP://INTERNACIONAL.EL-PAIS.COM/INTERNACIONAL/2015/12/24/AMERICA/1450984101_215877.HTML](http://INTERNACIONAL.EL-PAIS.COM/INTERNACIONAL/2015/12/24/AMERICA/1450984101_215877.HTML), LETZTER ZUGRIFF: 13.01.2016).
- ROCÍO MONTES: EL CONGRESO CHILENO APRUEBA LA GRATUIDAD EN LAS UNIVERSIDADES. IN: EL PAÍS. 27.12.2015. (URL: [HTTP://INTERNACIONAL.EL-PAIS.COM/INTERNACIONAL/2015/12/24/AMERICA/1450984101_215877.HTML](http://INTERNACIONAL.EL-PAIS.COM/INTERNACIONAL/2015/12/24/AMERICA/1450984101_215877.HTML), LETZTER ZUGRIFF: 13.01.2016).R. ÁLVAREZ: BACHELET VISITA A ALUMNA QUE ACCEDE A GRATUIDAD. IN: LA TERCERA. 11.01.2016. (URL: [HTTP://WWW.LATERCERA.COM/NOTICIA/POLITICA/2016/01/674-663657-9-BACHELET-ME-HUBIERA-GUSTADO-QUE-TODOS-LOS-JOVENES-HUBIESEN-PODIDO-INGRESAR-DE.SHTML](http://WWW.LATERCERA.COM/NOTICIA/POLITICA/2016/01/674-663657-9-BACHELET-ME-HUBIERA-GUSTADO-QUE-TODOS-LOS-JOVENES-HUBIESEN-PODIDO-INGRESAR-DE.SHTML), LETZTER ZUGRIFF: 13.01.2016).
- CRISTINA CÁCERES: JOSEPH RAMOS: "NO DEBÍERAMOS ESTAR SATISFECHOS CON UN CRECIMIENTO DE LA PRODUCTIVIDAD MENOR A 1,5%". IN: LA TERCERA. 15.01.2016. (URL: [HTTP://WWW.LATERCERA.COM/NOTICIA/NEGOCIOS/2015/07/655-639218-9-JOSEPH-RAMOS-NO-DEBIERAMOS-ESTAR-SATISFECHOS-CON-UN-CRECIMIENTO-DE-LA.SHTML](http://WWW.LATERCERA.COM/NOTICIA/NEGOCIOS/2015/07/655-639218-9-JOSEPH-RAMOS-NO-DEBIERAMOS-ESTAR-SATISFECHOS-CON-UN-CRECIMIENTO-DE-LA.SHTML), LETZTER ZUGRIFF: 15.01.2016).
- MINISTERIO DE ECONOMÍA, FOMENTO Y TURISMO: PRESIDENTA BACHELET ANUNCIA 2016 COMO EL AÑO DE LA PRODUCTIVIDAD. 26.11.2015. (URL: [HTTP://WWW.ECONOMIA.GOB.CL/2015/11/26/PRESIDENTA-BACHELET-ANUNCIA-2016-COMO-EL-ANO-DE-LA-PRODUCTIVIDAD.HTM](http://WWW.ECONOMIA.GOB.CL/2015/11/26/PRESIDENTA-BACHELET-ANUNCIA-2016-COMO-EL-ANO-DE-LA-PRODUCTIVIDAD.HTM), LETZTER ZUGRIFF: 15.01.2016).
- HAUSMANN: CHILE DEBE CAMBIAR SU POLÍTICA MIGRATORIA PARA ELEVAR PRODUCTIVIDAD. IN: EL MERCURIO. 04.12.2015. (URL: [HTTP://WWW.EMOL.COM/NOTICIAS/ECONOMIA/2015/12/04/762410/HAUSMANN-CHILE-DEBE-CAMBIAR-SU-POLITICA-MIGRATORIA-PARA-ELEVAR-PRODUCTIVIDAD.HTML](http://WWW.EMOL.COM/NOTICIAS/ECONOMIA/2015/12/04/762410/HAUSMANN-CHILE-DEBE-CAMBIAR-SU-POLITICA-MIGRATORIA-PARA-ELEVAR-PRODUCTIVIDAD.HTML), LETZTER ZUGRIFF: 15.01.2016).
- MIRIAM LEIVA: RICARDO HAUSMANN: "CON EL NUEVO PRECIO DEL COBRE CHILE TIENE QUE ASUMIR EL RETO DE QUE CON REDISTRIBUIR NO BASTA, PORQUE ENFRENTA UN SERIO PROBLEMA DE CRECIMIENTO" IN: PULSO. 03.12.2015. (URL: [HTTP://WWW.PULSO.CL/NOTICIA/ECONOMIA/ECONOMIA/2015/12/7-75265-9-RICARDO-HAUSMANN-CON-EL-NUEVO-PRECIO-DEL-COBRE-CHILE-TIENE-QUE-ASUMIR-EL-RETO-DE.SHTML](http://WWW.PULSO.CL/NOTICIA/ECONOMIA/ECONOMIA/2015/12/7-75265-9-RICARDO-HAUSMANN-CON-EL-NUEVO-PRECIO-DEL-COBRE-CHILE-TIENE-QUE-ASUMIR-EL-RETO-DE.SHTML), LETZTER ZUGRIFF: 15.01.2016).
- EL MOSTRADOR MERCADOS: TODO CALZA POLLO: COLUSIÓN ALCANZA A SUPERMERCADOS Y FISCALÍA PIDE MULTA DE US\$22 MILLONES PARA WALMART, SMU Y CENCOSUD. IN: EL MOSTRADOR. 06.01.2016 (URL: [HTTP://WWW.ELMOSTRADOR.CL/MERCADOS/2016/01/06/TODO-CALZA-POLLO-COLUSION-ALCANZA-A-SUPERMERCADOS-Y-FISCALIA-PIDE-MULTA-DE-22-MILLONES-PARA-WALMART-SMU-Y-CENCOSUD](http://WWW.ELMOSTRADOR.CL/MERCADOS/2016/01/06/TODO-CALZA-POLLO-COLUSION-ALCANZA-A-SUPERMERCADOS-Y-FISCALIA-PIDE-MULTA-DE-22-MILLONES-PARA-WALMART-SMU-Y-CENCOSUD), LETZTER ZUGRIFF: 22.01.2016).
- EL MERCURIO: PRESIDENTA BACHELET CALIFICA DE "INACEPTABLE" Y "CONDENABLE" NUEVO CASO DE COLUSIÓN EN SUPERMERCADOS. IN: EL MERCURIO, 07.01.2016 (URL: [HTTP://WWW.EMOL.COM/NOTICIAS/NACIONAL/2016/01/07/767280/PRESIDENTA-BACHELET-RECHAZA-NUEVO-CASO-DE-COLUSION.HTML](http://WWW.EMOL.COM/NOTICIAS/NACIONAL/2016/01/07/767280/PRESIDENTA-BACHELET-RECHAZA-NUEVO-CASO-DE-COLUSION.HTML), LETZTER ZUGRIFF: 22.01.2016).
- FRANCISCO MARÍN: CHILE: ANTE LA COLUSIÓN COMERCIAL, LA RABIA CIUDADANA. IN: PROCESO, 20.01.2016 (URL: [HTTP://WWW.PROCESO.COM.MX/?P=427113](http://WWW.PROCESO.COM.MX/?P=427113), LETZTER ZUGRIFF: 22.01.2016).

Impressum

Konrad Adenauer Stiftung e.V.
Auslandsbüro Chile
Enrique Nercasseaux 2381
Providencia, Santiago de Chile
Tel.: +56 2 2234 2089

